

Antrag

der Fraktion der CDU/CSU

35 Jahre Mauerfall – 35 Jahre Freiheit in ganz Deutschland – Verantwortung und Auftrag

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Am 23. Mai 2024 wurde mit einem bundesweiten Demokratiefest das 75-jährige Jubiläum unseres Grundgesetzes und die Gründung der Bundesrepublik Deutschland gefeiert. Doch nur den Menschen im Westen Deutschlands war in diesen 75 Jahren ein Leben in Freiheit und Demokratie vergönnt. Erst mit dem Sturz der Berliner Mauer am 9. November 1989 durch die Menschen im Osten Deutschlands öffnete sich auch für sie das Tor zur Freiheit. Ein historischer Tag, welcher zu den glücklichsten Ereignissen der deutschen Geschichte zählt.

Fast 40 Jahre lang war Deutschland geteilt, in einen freiheitlich-demokratischen Staat mit Grundrechten und Westbindung und eine kommunistische Diktatur unter sowjetischer Vorherrschaft mit Willkür und Verfolgung. Diese Erfahrungen prägen unser seit 1990 geeintes Land bis heute.

Vor 35 Jahren erfasste die Freiheitsbewegung ganz Mittel- und Osteuropa. Der Warschauer Pakt brach zusammen, der Eiserne Vorhang fiel. Die Überwindung der kommunistischen Diktaturen in der DDR und in Osteuropa ist ein Höhepunkt der europäischen Freiheitsgeschichte. Der daraus möglich gewordene Prozess der europäischen Integration eröffnete vielen Menschen ein Leben in Freiheit und Sicherheit. Aus dieser Erfahrung und Dankbarkeit erwächst die Verantwortung, auch heute denen zur Seite zu stehen, die noch immer darum kämpfen.

Die friedliche Revolution von 1989/1990 bleibt beispiellos. Jegliche vereinnahmenden Vergleiche mit heutigen Protestbewegungen sind geschichtsvergessen und verbieten sich. In der Erklärung „Nicht mit uns: Gegen den Missbrauch der Friedlichen Revolution 1989 im Wahlkampf“ verwahrten sich bereits 2019 zahlreiche DDR-Bürgerrechtler gegen absurde Gleichsetzungen und Aneignungsversuche der Revolution von 1989.

Die DDR war ein Unrechtsstaat. Den Menschen, die in der SED-Diktatur aus Überzeugung und unter Einsatz ihres Lebens oder Inkaufnahme von Repressionen mutig Widerstand geleistet haben, gebührt Hochachtung und Wertschätzung. Noch immer leiden viele Opfer unter den Folgen von politischer Verfolgung, Zersetzung und Repression. Und noch immer gibt es gesetzgeberischen Handlungsbedarf zur Verbesserung der Anerkennung und persönlichen Situation der Opfer.

Die jüngeren Generationen hatten das Glück, in einem vereinten Deutschland und Europa aufwachsen zu dürfen. Die Wahrnehmung von Ost-West-Unterschieden droht sich generationsübergreifend festzusetzen und es gibt erschreckende Wissenslücken.

Nur ein Drittel der unter 30-Jährigen verbindet den 13. August 1961 mit dem Mauerbau. Umso wichtiger bleibt die Vermittlung von Erfahrungen und den Folgen von Teilung und Diktatur. Förderprogramme wie „Jugend erinnert“, das Zeitzeugenbüro der Bundesstiftung Aufarbeitung und die tägliche Gedenkstättenarbeit sind dafür unverzichtbar. Das geplante Zukunftszentrum Deutsche Einheit und europäische Transformation wird auch die Zeit der Umbrüche nach 1989 noch stärker in den Blick nehmen. Mit dem Freiheits- und Einheitsdenkmal, dem Mahnmal für die Opfer des Kommunismus und dem Forum für Opposition und Widerstand sollen wichtige Erinnerungsorte geschaffen werden. Die dauerhafte Sicherung der Stasiunterlagen als Vermächtnis der friedlichen Revolution ist weiterhin eine nationale Aufgabe. Die Gründung der Stiftung „Orte der deutschen Demokratiegeschichte“ war ein wichtiger Schritt, um auch die Erinnerung an die positiven Freiheitsbewegungen zu stärken.

Die Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Erhalt unserer dezentralen Erinnerungslandschaft muss ein Schwerpunkt unserer Erinnerungskultur bleiben, ist Verantwortung und Auftrag zugleich. Es darf weder eine Verharmlosung noch eine Ideologisierung unserer jüngeren deutschen Geschichte geben.

Im Koalitionsvertrag haben sich SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gemeinsam folgende Ziele gesetzt:

- Im Einvernehmen mit den Ländern erleichtern wir die Beantragung und Bewilligung von Hilfen und Leistungen für Opfer der SED-Diktatur, insbesondere für gesundheitliche Folgeschäden, passen die Definition der Opfergruppen an die Forschung an und dynamisieren die SED-Opferrente. Wir richten ergänzend einen bundesweiten Härtefallfonds für die Opfer ein und entwickeln hierfür die Stiftung für ehemalige politische Häftlinge weiter (S. 110).
- Wir werden die Bundesstiftung Aufarbeitung stärken. Wir werden die festgeschriebenen Standorte der Außenstellen des Stasi-Unterlagen-Archivs qualitativ entwickeln. Die begleitende Forschungs- und Bildungsarbeit wird unterstützt. Wir unterstützen die Einrichtung des Archivzentrums SED-Diktatur und die Weiterentwicklung der ehemaligen Stasi-Zentrale in Berlin zum Campus für Demokratie (S. 125).
- Wir wollen der Geschichte der Demokratie in Deutschland und ihren Orten mehr Sichtbarkeit verleihen. Die Förderung auch der Orte der Friedlichen Revolution ist uns ein besonderes Anliegen (S. 125).

Die konkrete Umsetzung dieser Forderungen bleibt aber auch nach drei Jahren Regierungszeit aus.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

noch in dieser Legislaturperiode die dafür notwendigen politischen und gesetzgeberischen Entscheidungen zu treffen.

Berlin, den 5. November 2024

Friedrich Merz, Alexander Dobrindt und Fraktion